

## **Klimaschutzbeschlüsse der Bundesregierung: Zu spät, zu wenig, zu unkonkret!**

*Hans-Josef Fell MdB*

Die Beschlüsse der Kabinettsklausur sind **kein Klimaschutzprogramm**, sondern ein Sammelsurium von Einzelmaßnahmen verschiedener Ressorts. Das Papier ist im Wesentlichen eine **Wiederholung von Ankündigungen**, die seit zwei Jahren gemacht werden: Im Koalitionsvertrag, beim Energiegipfel, auf nationaler und EU-Ebene.

Jetzt muss es aber um **Taten** gehen. Und da **versagt die Regierung**. Selbst bei Umsetzung ihrer in Meseburg aufgestellten eigenen Ziele, erreicht die Bundesregierung nach eigenem Bekunden **nur 35% CO<sub>2</sub>-Reduktion** statt der notwendigen 40% bis 2020. Diese Zahl wird von der DUH in Frage gestellt. Und was am Schlimmsten ist: **Die jetzt vorgesehenen Maßnahmen sind noch nicht einmal geeignet, dieses unzureichende Ziel zu erreichen!**

Statt eines Sammelsuriums von einzelnen Maßnahmen fehlt die entscheidende große strategische Ausrichtung: Das Ziel: die vollständige Umstellung auf Erneuerbare Energien wird nicht formuliert. Stattdessen spürt man das ernsthafte Bemühen der Bundesregierung, die Interessen der fossilen und atomaren Energiewirtschaft nicht wesentlich zu beeinträchtigen. Großen breiten Raum nimmt die Kohlewirtschaft ein, vor allem mit der so genannten Kohlendioxidspeicherung (CCS). CCS aber steckt erst in den Forschungskinderschuhen, mit vielen offenen Fragen. Heute schon ist abzusehen, dass CCS bis 2020 keinen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann und es ist sehr fraglich ob dies überhaupt je gelingen wird.

Somit wird klar: die Bundesregierung setzt vor allem auf Bestandschutz der klimaschädlichen fossilen Energiewirtschaft und vernachlässigt die Möglichkeiten und Chancen des schnellen Ausbaus der Erneuerbaren Energien. Die notwendigen Maßnahmen für Energieeinsparung sind halbherzig.

### **Keine wirksamen Instrumente**

Die Bundesregierung **scheut das Ordnungsrecht** wie der Teufel das Weihwasser. Außer beim Erneuerbaren-Wärme-Gesetz und bei der PKW-Kennzeichnung, und hier auch nur halbherzig, agiert die Bundesregierung mit einer freiwilligen Selbstverpflichtung nach der anderen. Dabei ist das Instrument der "Freiwilligen Selbstverpflichtung" längst gescheitert. Oder es werden Gutachten und Prüfaufträge vergeben. Kein Tempolimit, keine Kerosinsteuer, kein Verbot ineffizienter Stand-By-Schaltungen..... Entschlossener Klimaschutz sieht anders aus.

Die Bundesregierung **scheut aber auch den freien Wettbewerb**. Ist es bei der Energiewirtschaft die SPD, die Wettbewerb verhindert, mauert im Produkt- und Verkehrsbe-

reich die Union. Selbst eine schnelle und transparente Kennzeichnung elektrischer Geräte als Grundvoraussetzung für Wettbewerb wird nicht verbindlich.

Stattdessen wird die **Wirtschaft geschont** oder darf selber entscheiden, ob sie Klimaschutz einführt oder nicht. Oder die Lieblingsprojekte der Industrie werden als Klimaschutz verkauft, wie z.B. Single European Sky – als ob die „Schaffung eines einheitlichen europäischen Luftraums“ schon Klimaschutz garantieren würde. Die Luftverkehrsemissionen wird man so nicht wirksam genug eindämmen: Konkrete und klimapolitisch begründete Instrumente sind gefragt, wie klare CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele im Luftverkehr und eine Kerosinsteuer. Davor aber drückt sich die Regierung. Dass **klimaschädliche Dienstwagen weiterhin steuerlich subventioniert** werden ist ein Skandal! Hochsubventionierte Ausnahmen von der Ökosteuer für die Wirtschaft gibt es auch weiterhin, wenn diese keine Energiemanagementsystemen einführt.

Und nicht zuletzt **scheut die Bundesregierung Ausgaben** für den Klimaschutz. Überall nur vage Ankündigungen. Die angekündigten 2,6 Milliarden Euro für den Klimaschutz sind ein alter Hut. Sie bestehen in erster Linie aus der Fortführung des CO<sub>2</sub>-Sanierungsprogramms, das ja auch eher ein - zwar wichtiges und richtiges – Wirtschaftsförderungsprogramm auf Kreditbasis ist (und das man für einen effektiven Klimaschutz ganz anders evaluieren und überwachen müsste). Hinzu kommen Gelder aus dem Verkauf der Emissionsrechte – von den erwarteten 600 Millionen Euro bekommt das BMU Zweidrittel, muss davon allerdings auch noch Entwicklungshilfeprojekte fördern. Gleichzeitig werden Programme zur Marktanreizung bei Erneuerbaren Energien zurückgefahren.

Selbst die schon einmal angekündigte eine Milliarde Euro für einen Klimaschutzfonds ist jetzt ein Sammelsurium von angestrebten Maßnahmen in vier Ministerien unter dem peppigen Titel "Förderprogramme für Klimaschutz und Energieeffizienz (außerhalb von Gebäuden)" ohne Nennung von Finanzmitteln übriggeblieben ist. Traurig.

Wie die Bundesregierung ohne Ordnungsrecht, Wettbewerb und Ausgaben nach dem Motto "ist wichtig, darf aber keinem weh tun und nichts kosten" wirksamen Klimaschutz betreiben will, ist ihr Geheimnis. Offensichtlich baut die Bundesregierung auf ihre gute Marketingabteilung und darauf, dass die Folgen ihres Nicht-Tuns erst nach der nächsten Bundestagswahl offen zu Tage treten.

### **Vorgeschlagene Maßnahmen greifen zu kurz**

Insgesamt ist das Programm der Bundesregierung bei weitem nicht ambitioniert genug (siehe Ausbauziele Erneuerbare im Strom, siehe Biogas). Viele Maßnahmen kommen zu spät bzw. beinhalten zu lange Übergangsfristen (z.B. mindestens (!) 10 Jahre bei den Nachtspeicherheizungen) Vom Austausch von Kohleheizungen wird erst gar nicht gesprochen.

Die Bundesregierung hat auch keine internationale Perspektive für den Klimaschutz. Die vorgeschlagenen Maßnahmen Berichterstattung durch Botschaften und transatlantische Technologieinitiative sind bezogen auf das Notwendige ein Witz. Kein Wort davon, dass große Biogaspotentiale in Osteuropa und Solarstrompotentiale im Süden auch für Deutschland genutzt werden könnten. Kein Wort von notwendigen Initiativen für ein

weltweit wirksames Kyoto plus – Abkommen. Bedeutsam ist allerdings die Betonung der Einführung einer internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA).

Anders als die Bundesregierung schlagen **Bündnis 90/Die Grünen** mit dem **Klimaschutzprogramm Energie 2.0** konkrete und konsequente Maßnahmen vor, mit denen mindestens 40% CO<sub>2</sub>-Reduktion bis 2020 realistisch erreichbar sind.

### **Notwendige Maßnahmen und was die Regierung – nicht – tut:**

#### **Deutliche Reduktion des Stromverbrauchs**

In den Maßnahmen der Bundesregierung ist nicht ansatzweise zu erkennen, wie spürbare Erfolge beim Stromsparen erreicht werden können. Ganz schlimm: Ein Ende der Energieverschwendung durch Nachtspeicherheizungen ist nicht in Sicht. Hier scheint es sich eher um ein Nachtspeicherschutzprogramm denn ein Klimaschutzprogramm zu handeln. Bei Kennzeichnung von Geräten und intelligenten Messverfahren für den Stromverbrauch setzt die Regierung auf „freiwillige Selbstverpflichtungen“ der Hersteller.... Und auch mit dem stand-by-Unsinn wird nicht Schluss gemacht.

Wir fordern dagegen einen Eine-Milliarde-Stromsparerfonds mit konkreten Maßnahmen und klare Kennzeichnungsregelungen!

#### **Verbesserung der Energieeffizienz**

Statt Anreize für klimafreundliche und effizientere neue Kraftwerke zu geben, setzt die Bundesregierung voll auf künftige Technologien zur CO<sub>2</sub>-Abscheidung, die – wenn überhaupt – erst nach 2020 und damit viel zu spät funktionieren werden. Ermäßigungen für die Wirtschaft bei der Ökosteuer sind sofort und bindend an die Existenz betrieblicher Energiemanagementsysteme zu knüpfen!

#### **Ausbau-Kraft-Wärmekopplung (KWK)**

Notwendig wäre eine drastische Steigerung der KWK-Quote auf 30%. Mit den von der Regierung vorgeschlagenen schwachen Fördermaßnahmen, wird sie noch nicht einmal die von ihr angestrebten 25% KWK-Quote erreichen. Die Deckelung der Umlage und die Leistungsbeschränkung für neue Anlagen schrecken Investitionen ab anstatt sie auszulösen. Statt einer ambitionierten Verbesserung schreibt die Bundesregierung den unzulänglichen Status Quo fort.

#### **Konsequenter Ausbau Erneuerbare Energien in allen Bereichen**

Notwendig und realistisch sind über 40% - bis 50% beim Strom, ca. 30% bei der Wärme und 20% im Verkehrsbereich. Die Regierung strebt 25-30% im Strom-, 14% im Wärme- und 17% im Verkehrssektor an. Zu kurz gesprungen! Die Bundesregierung will damit die

aktuellen Wachstumsraten bei Erneuerbaren Energien im Stromsektor nicht weiter fortführen, sondern in etwa halbieren. So sind die kaum formulierten Vorschläge für die Novelle des Erneuerbaren Energien Gesetz nicht tauglich, den weiteren Ausbau zu beschleunigen.

Aber selbst diese Ziele sind gefährdet, wenn die Bundesregierung nicht neue Akzente zum Ausbau Erneuerbarer Energien setzt. Wo ist das Geothermie-Erkundungsprogramm, wo die Unterstützung für Meeresenergien und wieso fällt kein zusätzlicher Euro für die Erforschung der Erneuerbaren Energien ab?

Im Wärmebereich reicht das Erneuerbare-Wärmegesetz nicht aus, hier gibt es so viele Ausnahmen vom Einsatz Erneuerbarer Energien, dass die Ausnahme zur Regel wird ..... Solange beim wichtigen Punkt Biogaseinspeisung keine wirtschaftlich ausreichenden Einspeisevergütungen garantiert werden, werden hier wesentliche Potenziale brach liegen.

Und die Dynamik bei den Biokraftstoffen hat die Regierung mit ihren Steuerbeschlüssen bereits selber gekillt, im Klimaschutzprogramm steht nichts, um diese Fehlleistung zu korrigieren.

### **Energieeinsparung am Bau**

Auch hier greift alles, was die Regierung plant zu kurz. Das KfW-Gebäudesanierungsprogramm muss nicht einfach immer weiter erhöht, sondern dringend auf seine wirklichen Klimaeffekte hin überprüft und angepasst werden. Zumal die Nachfrage an Gebäudesanierung auf Grund der Mehrwertsteuererhöhung und erheblicher Preiserhöhungen beim Bau derzeit rückläufig ist. Die Energieeinsparverordnung ist zu lasch, wird zu wenig kontrolliert und kommt zu spät.

Der Energieausweis muss die Energieeffizienz eines Gebäudes für alle transparent machen. Die Mieter brauchen einen Anspruch auf gute Energiedämmstandards und moderne Heizungsanlagen. Energiespar-contracting muss nicht umständlich per Gutachten geprüft sondern endlich eingeführt werden. Längst sind Nullenergiehäuser und Energieplus Häuser Stand der Technik, doch auch von einer verbindlichen Einführung ist keine Spur. Das solare Bauen wird von der Bundesregierung ignoriert.

Das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz muss viel striktere und verbindlichere Vorgaben machen und bessere Anreize setzen als bisher vorgesehen.

Schön, dass endlich die energetische Sanierung der Bundesgebäude angepackt wird; aber das ist nicht neu, die Mittel dafür sind schon seit langem beschlossen. Was fehlt ist, dass alle öffentlichen Gebäude auf Versorgung mit Ökostrom umgestellt werden, wie wir beantragt haben.

### **Klimaschutz im Verkehrsbereich**

Die Maßnahme, die von heute auf morgen ca. 3 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> einsparen kann, wird von der Bundesregierung mit keinem Wort erwähnt: Tempo 120 auf Autobahnen!

Beim Flugverkehr fehlt das wirksamste Instrument: Die Einführung einer Kerosinsteuer. Für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß von PKW ist die Zielmenge 130 g/km für 2012 viel zu schwach. Da liegen die zehn Besten bei der VCD-Auto-Umweltliste schon heute drunter und einige Mittelständler produzieren in Deutschland sogar schon Autos, ohne jegliche Emissio-

nen. Immerhin hat die Bundesregierung erstmals den Technologiepfad für Nullemissionsfahrzeuge, mit Ökostrom betriebene Elektromobile genannt. Wir fordern 120 g/km für 2012 und 80 g/km für 2020 und wir fordern ein Programm für eine Millionen Elektrofahrzeuge, beziehungsweise Plug-In-Hybrid-Fahrzeuge.

Bei der überfälligen Umstellung der Kfz-Steuer auf CO<sub>2</sub>-Basis macht die von der Regierung vorgesehene lineare Besteuerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes für große Spritschlucker keinen entscheidenden Unterschied. Sinnvoll und klimawirksam ist nur eine progressive Besteuerung: Steuer nimmt pro Gramm CO<sub>2</sub> stufenweise zu.

Bei der Verbrauchskennzeichnung von PKW hat Deutschland die Rote Laterne in der EU, andere Länder haben das längst umgesetzt. Nötig ist hier ein transparenter Klimapass mit Effizienzklassen.

Bei der Ausweitung der LKW-Maut auf Kleinlaster und auf Hauptverkehrsstraßen ist die Bundesregierung vor der Lobby eingeknickt.

Ein Skandal ist, dass klimaschädliche Dienstwagen mit hohem CO<sub>2</sub>-Ausstoß weiterhin durch Steuervorteile staatlich subventioniert werden. 62% der verkauften Neufahrzeuge im ersten Halbjahr 2007 wurden gewerblich zugelassen.

### **Energieforschung und Entwicklung neuer Technologien**

Hier sind die Prioritäten weiterhin völlig falsch gesetzt. Während die Milliarden weiterhin jahrelang in Kernfusions- und Atomtechnologieforschung fließen, gibt man sich bei Erneuerbaren Energien mit einem längst beschlossenen symbolischen Mittelaufwuchs zufrieden. Völlig unterbelichtet bleibt auch die Forschung in den Bereichen Energieeinsparung und Technologien zur energetischen Optimierung von Gebäuden. Begrüßenswert ist, dass die Regierung erstmals die Elektromobilität ernsthaft fördern will – leider auch wieder mit falschen Schwerpunktsetzungen beim Wasserstoff..